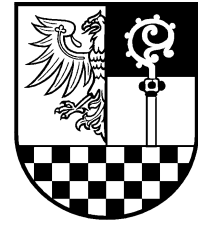


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

## Niederschrift

über die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 24.05.2018 in der Mehrzweckhalle Mellensee, Hauptstraße 24 in 15838 Am Mellensee OT Mellensee.

### Anwesend waren:

#### Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter ab 17.30 Uhr

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder ab 17.30 Uhr  
Herr Lutz Lehmann  
Frau Mandy Werner  
Herr Peter Dunkel, Vertretung für Herrn Thier

#### Sachkundige Einwohner

Herr Erik Scheidler

#### Verwaltung

Herr Karsten Dornquast	Leiter Amt für Bildung und Kultur
Herr Matthias Fröhlich	SL Schulverwaltung
Herr Jens Herrmann	SL Gebäude- u. Liegenschaftsmanagement
Frau Birgit Kaminski	Fachkoordinatorin Sport
Herr Thomas Haetge	SB Kultur
Frau Hiltrud Preuß	SB Denkmalschutz
Frau Kerstin Jung	SB Denkmalschutz
Frau Ina-Christin Wilke	SB Denkmalschutz
Herr Kürschner	Staatliches Schulamt Brandenburg

### Entschuldigt fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier  
Herr Hans Kühlewind  
Herr Andreas Noack  
Herr Lars Wendlandt

## **Sachkundige Einwohner**

Frau Ursula Biesecke  
Frau Marita Marufke  
Frau Nicole Moskal  
Frau Ulrike Schwenter

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Besichtigung des Objektes
- 2 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2018
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Information zum Stand des Vorhabens "Erweiterungsbau Gymnasium Rangsdorf"
- 8 Anträge
- 8.1 Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming 5-3393/17-KT  
Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des  
Landkreises Teltow-Fläming außerhalb des Schulbetriebes
- 9 Beschlussvorlagen

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 9.1 Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der MBS 5-3509/18-I  
Potsdam für das 2. Halbjahr 2018
- 9.2 Beschluss über die Vergabe von Fördermitteln aus dem Produktkonto 5-3517/18-III  
„Zuschüsse Denkmalpflege“
- 9.3 Beschluss über die Vergabe des Denkmalpflegepreises des 5-3525/18-III  
Landkreises am 7. September 2018

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Besichtigung des Objektes**

Aus organisatorischen Gründen wurde die Besichtigung des Objektes als TOP 1 vorgezogen.

Bei einer durch Herrn Lehmann geführten Besichtigung der Mehrzweckhalle und der angrenzenden Sportflächen erfuhren die Mitglieder des Ausschusses viele Details über das Objekt und die Nutzung. Herr Lehmann bedankt sich für die Fördermittel.

## **TOP 2**

### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau von Schrötter eröffnet die 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport.

Sie bittet um Zustimmung, in die Tagesordnung den Punkt 8 Anträge und als Punkt 8.1 den Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming „Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des Landkreises Teltow-Fläming außerhalb des Schulbetriebes“ aufzunehmen.

Sie stellt fest, dass die Aufnahme des Antrages einstimmig angenommen wurde.

## **TOP 3**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 22.03.2018**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als bestätigt.

## **TOP 4**

### **Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Fragen vor.

## **TOP 5**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Hartfelder wünscht eine Information zum Stand des Ü7- und Ü11-Verfahrens vom Staatlichen Schulamt in der nächsten Sitzung des Ausschusses.

Herr Kürschner, der zuständige Schulrat, berichtet über den aktuellen Stand des Verfahrens. Er teilt mit, dass das Ü7-Verfahren zurzeit noch läuft. Am 31 Mai werden die entsprechenden Schreiben an die Eltern versandt. Bis zu diesem Zeitpunkt gehen die Pressemitteilungen noch über das Ministerium. Das Ü7-Verfahren im Landkreis Teltow-Fläming ist sehr ausgeglichen. Die Kapazität an Schulplätzen beträgt 1.210. Als Erstwunsch wurden 1.109 Schulplätze angewählt, als Zweitwunsch 888. Zu über 95 % konnten die Erst- und Zweitwünsche der Schülerinnen und Schüler an den entsprechenden Schulformen realisiert werden. Aufgrund der Nachfrage ist kein Schulstandort gefährdet. Wenige Schulen mussten Schülerinnen und Schüler ablehnen. Eine geringe Übernachtfrage gab es an der Oberschule in Rangsdorf, auch an den jetzt bestehenden Gymnasien gab es Ablehnungen des Erstwunsches. Die Zweitwünsche konnten fast alle realisiert werden. Herr Kürschner erläutert weiter, dass die Angebotsphase begonnen hat, in der sich zurzeit 15 Schülerinnen und Schüler befinden. Den Eltern werden Angebote für Schulen mit noch freien Kapazitäten gemacht. Sollten diese Angebote nicht angenommen werden, beginnt die Zuweisungsphase. Aufgrund von Einpendlern aus dem Landkreis Dahme-Spreewald sind im südlichen Bereich die Oberschulen Dahme und Jüterbog gut nachgefragt. Es muss abgewartet werden, wie sich der neue Gesamtschulstandort Treuenbrietzen auf das Verfahren auswirkt. Beim Gymnasium Jüterbog wurde das Anwahlverhalten geringer, auch gibt es keine Übernachtfrage an der Oberschule Luckenwalde. Die Errichtung der Gesamtschule in Teltow hat noch keine Auswirkungen auf den nördlichen Bereich des Landkreises.

Abschließend berichtet er, dass zurzeit die Schulen mit Lehrkräften ausgestattet werden. Er sagt zu, die genauen Zahlen in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorzulegen.

Frau Hartfelder bittet aufgrund der Petition zu den Schulstandorten im Norden und der Schülerwanderung um eine schriftliche Stellungnahme

Herr Kürschner sagt zu. Weiter berichtet er, dass zurzeit in Wünsdorf noch Kinder in der Erstaufnahmeeinrichtung beschult werden. Bisher ist noch offen, wie die Kinder, die dort länger als drei Monate verweilen, beschult werden. Vom Ministerium wird zurzeit geprüft, ob eine Beschulung in der Erstaufnahmeeinrichtung durch Lehrkräfte der umliegenden Schulen oder eine Beschulung an den umliegenden Schulen stattfinden soll. Auch könne die Beschulung von Schülerinnen und Schülern der Erstaufnahmeeinrichtung an einen freien Träger abgegeben werden. Die Lehrkräfte werden im Lehrerpool vorgehalten. Die Entscheidung trifft das Ministerium für alle Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. Er sagt zu, im nächsten Ausschuss darüber zu informieren.

Frau von Schrötter bemängelt diese drei Varianten. Sie findet die „Kasernierung“ hochproblematisch, da die Kinder mit dem deutschen Schulsystem nicht in Kontakt kommen. Sie möchte auch daran erinnern, dass der Innenminister in Wünsdorf mehrfach geäußert hat, dass es keine Belastung der Infrastrukturangebote geben wird. Sie meint, mit der Entscheidung, geflüchtete Menschen, insbesondere Kinder, über drei Monate hinaus in den Einrichtungen zu belassen, ist eine Kindeswohlgefährdung gegeben. Sie würde eine Beschulung an einer Schule befürworten, was aber dem Versprechen des Innenministers gegenüber der Bevölkerung widersprechen würde.

Herr Kürschner weist darauf hin, dass die Entscheidung vom Ministerium für Jugend, Bildung und Sport getroffen wird.

Frau von Schrötter bittet um Auskunft zum Anwahlverhalten an die Gesamtschule Dabendorf. Sie hat der Petition entnommen, dass dort eine ständige Übernachtungsfrage besteht.

Eine Übernachtungsfrage kann Herr Kürschner nicht bestätigen. Er erklärt, aufgrund der Bevölkerungsentwicklung wird es aus seiner Sicht in den nächsten 5 – 10 Jahren im Bereich der Grundschulen und im Bereich der Sekundarstufe I wahrscheinlich zu Kapazitätsengpässen kommen. Im Bereich der Sekundarstufe II sieht er keine Engpässe. Er berichtet, dass die Stadt Ludwigsfelde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat und eine Konzeptgruppe gegründet wurde.

Herr Dornquast berichtet, dass diese Konzeptgruppe bereits dreimal getagt hat. Frau Kaminski war für den Landkreis vertreten, er selbst hat zweimal teilgenommen. Weiter teilt er mit, die Stadt Ludwigsfelde beabsichtigt mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung schon im Herbst eine Antragstellung für die Errichtung einer Gesamtschule mit Sek. II beim MBS vorzunehmen. Wenn der Antrag der Stadt Ludwigsfelde beim Landkreis eingeht, ist wieder eine Benehmensherstellung zur Schulentwicklungsplanung für den nördlichen Bereich für die umliegenden Standorte auch mit den Kommunen notwendig. Damit wird der gesetzte Eröffnungstermin der Stadt Ludwigsfelde zum Schuljahr 2019/20 nicht zu realisieren sein. Die Notwendigkeit ist auch nicht gegeben, da genügend Kapazitäten am Standort vorhanden sind. Abschließend bemerkt er, die Projektgruppe hat nach der Machbarkeitsstudie ihre Tätigkeit vorerst eingestellt. Der Landkreis wartet auf den Antrag der Stadt. Danach wird er weiter informieren.

Frau Hartfelder hält die Errichtung von Gesamtschulen im Landkreis für sehr problematisch. Sie meint, solange Gymnasien vorgehalten werden, wird eine Gesamtschule den Bedarf der Oberschule mitbedienen müssen. Wenn nicht genügend Schülerinnen und Schüler da sind, wird es somit immer problematisch sein, die Sekundarstufe II auszustatten. Sie warnt davor,

in der Bevölkerung Begehrlichkeiten zu unterstützen, die nach ihrem Verständnis unrealistisch sind.

Frau von Schrötter teilt mit, dass im Jugendhilfeausschuss der Psychiatrieplan des Landkreises diskutiert wurde, da die Versorgung der Kinder und Jugendlichen im Landkreis mit therapeutischen und psychiatrischen Angeboten sehr gering ist. Das betrifft auch diesen Ausschuss, da eine erhebliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern betroffen ist. Diese Tatsache bestätigen auch die Kinderärzte der Krankenhäuser, die an manchen Tagen 100 % nur psychosomatische Fälle behandeln müssen. Davon betroffen sind auch der Jugendhilfebereich sowie der Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Ein gemeinsamer Termin mit der kassenärztlichen Vereinigung wurde in einem Ausschuss vereinbart, der allerdings sehr kurzfristig tagt. Am 04 Juni kommen die drei Ausschüsse zu einem Beratungstermin zusammen. Sie würde sich freuen, wenn Mitglieder dieses Ausschusses daran teilnehmen könnten.

## **TOP 6**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

## **TOP 7**

### **Information zum Stand des Vorhabens "Erweiterungsbau Gymnasium Rangsdorf"**

Herr Dornquast führt aus, die Machbarkeitsstudie wurde im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung vorgestellt. Nach der Machbarkeitsstudie ist eine Ausschreibung für die Planungsleistung erfolgt und in einem entsprechenden Vergabeverfahren ein Planungsbüro gebunden worden. Die Architekten sind einschlägig spezialisiert auf Schulen und Sportstätten. Herr Herrmann, Sachgebietsleiter im Gebäude- und Liegenschaftsmanagement des Hauptamtes ist verantwortlich für alle Baumaßnahmen dieses Vorhabens. Es wurde ein Handout vorbereitet (Anlage).

Frau von Schrötter erteilt Herrn Herrmann das Wort.

Herr Herrmann berichtet, am Gymnasium Rangsdorf ist eine Erweiterung des pädagogischen Flächenbedarfs notwendig. In dem Neubau ist die Integration einer Aula geplant, weiterhin müssen vier Fachräume, ein Beratungsraum und Großräume geschaffen werden. Wichtig dabei ist die Barrierefreiheit. Aufgabenstellung war, 1.200 m<sup>2</sup> Nutzfläche zusätzlich zu schaffen sowie die Beseitigung eines maroden Containerbaus, um genügend Pausenhoffläche bereitzustellen. Dementsprechend müssen 2.500 m<sup>2</sup> Freifläche neu gestaltet werden.

Weiter führt er aus, der bestehende Haupteingang soll bestehen bleiben. Das im Norden liegende Foyer verbindet die Aula mit dem Pausenhof. Neben der Funktion als Empfangs- und Wartebereich für die Aula fungiert das Foyer gleichzeitig als Ausstellungsfläche und überdachte Pausenfläche. Geplant ist weiterhin eine Cafeteria, die später von den Schülerinnen und Schülern betrieben werden soll. Weiter berichtet er über die Gestaltung und Struktur des Gebäudes.

Zum Stand der Planung teilt er mit, dass die Leistungsphase 3 abgeschlossen werden soll. Mit der Leistungsphase 3 steht die Kostenschätzung fest. Zum jetzigen Zeitpunkt beträgt die Kostenschätzung 4,7 Mill. Euro, also höher als in der Machbarkeitsstudie dargestellt. Die Baugenehmigung wird voraussichtlich im Juni eingereicht werden, die Bauleistungen werden

im Oktober vergeben, der Baubeginn ist im März 2019 geplant. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde bezeichnet er als sehr gut.

Frau Hartfelder bemerkt, dass der Ausschuss sich für den Rundbau entschieden hatte.

Herr Herrmann erklärt, dass das kostengünstigere Modell gewählt wurde. Dabei wurden auch die nachhaltigen Kosten berücksichtigt.

Herr Dornquast ergänzt, zurzeit betragen die Kostenschätzungen ca. 4,5 Mill. €. Nach der Machbarkeitsstudie wurden 3,5 Mill. € geplant. In seinen Ausführungen im Ausschuss für Regional- und Bauplanung hatte der Architekt darauf verwiesen, dass im Rahmen der Machbarkeitsstudie nicht alle Kosten berücksichtigt waren. Die Fläche wurde geringfügig abgesenkt, um kostenminimierend einzuwirken. Sie bleibt aber im Rahmen der Schulbau-Raumprogrammempfehlung. Eine Herausforderung war der barrierefreie Zugang in das alte Schulgebäude und die Verbindung der Medien. Auch verweist er auf die immense Kostensteigerung für Bauleistungen.

Er erklärt, die Bauarbeiten werden bei laufendem Schulbetrieb durchgeführt, was sicher ein Störfaktor sein wird. Er gibt zu bedenken, dass ansonsten die Kosten noch höher wären, außerdem werden keine Firmen gefunden, die nur abends bzw. an den Wochenenden arbeiten.

Herr Herrmann bemerkt, dass es nicht nur Kostensteigerungen gab. Die Kosten für die Heizungsanlage sind geringer.

Frau von Schrötter sieht keine weiteren Fragen und beendet den Tagesordnungspunkt.

## **TOP 8** **Anträge**

### **TOP 8.1**

#### **Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming Änderung der Satzung über die Benutzung von Sporthallen des Landkreises Teltow-Fläming außerhalb des Schulbetriebes ( 5-3393/17-KT )**

Herr Dornquast führt aus, der Antrag stand schon im Kreistag auf der Tagesordnung ist somit allen bekannt. Er erläutert, im Norden des Landkreises bestand der Bedarf die Wochenendhallenzeiten, die nach der jetzigen Nutzungssatzung für schulische Sportstätten nur dem Wettkampfbetrieb vorbehalten sind, auch für den Trainingsbetrieb zu nutzen. Von der Verwaltung wurde eine Stellungnahme für den Kreistag vorbereitet. Er gibt zu bedenken, dass eine Satzungsänderung alle 11 Schulen bzw. 14 Sporthallen betreffen würde. Die Wochenendnutzung hätte erhebliche Auswirkungen auf die Betriebskosten, auf Bewirtschaftung, den Personaleinsatz, auf den Verschleiß, auf die Verkehrssicherungspflichten und auf die Verwaltung selber. Vom Haushalts- und Finanzausschusses wurde die Verwaltung beauftragt, eine Bedarfsabfrage bei den Vereinen vorzunehmen. Das wurde den Vereinen so bekanntgegeben und als Rücksendetermin wurde der 08.06.2018 vorgegeben.

Herr Dornquast berichtet, dass von Abgeordneten des Haushalts- und Finanzausschusses empfohlen wurde, mit Schlüsselverträgen zu arbeiten. Er gibt zu bedenken, dass gerade bei den Großsporthallen unter anderem auf die Bedienung der technischen Anlagen, auf die Alarmaufschaltungen und die automatische Herunterregulierung der Heizung geachtet werden muss. Auch müssen zusätzliche Reinigungsleistungen vorgenommen werden. Für Notfallsituationen muss vom Amt für Bildung und Kultur ein Bereitschaftsdienst mit entsprechender Bezahlung vorgehalten werden. Trotz dieser erheblichen Mehraufwendungen war der Tenor des Finanzausschuss eher positiv die Satzung zu ändern.

Er erklärt, der Verwaltung ist der Mehrbedarf im Norden des Landkreises bekannt. Er wurde schon im Rahmen der integrierten Schulentwicklungsplanung im Jahr 2010 insbesondere für Rangsdorf festgestellt. Er verweist auf ein Urteil, in dem eindeutig festgestellt wird, dass Sportförderung primär Angelegenheit der Kommunen ist und der Landkreis eine Ausgleichsfunktion hat. Das Urteil wird als Anlage zur Niederschrift beigelegt. Abschließend macht er noch einmal darauf aufmerksam, dass bei Zustimmung des Kreistages erheblich mehr finanzielle und personelle Ressourcen notwendig sein werden. Er schätzt ein, der Bedarf besteht insbesondere im Norden, weniger im Süden. Er gibt zu bedenken, dass eine Satzungsänderung alle Sporthallen betreffen würde.

Auf Nachfrage von Herrn Lehmann erläutert Herr Dornquast die Handhabung des Wettkampfbetriebes am Wochenende. Zur personellen Absicherung sind in den beiden großen Sporthallen in Rangsdorf und Ludwigsfelde Hallenwarte tätig, die ihren Dienst aufs Wochenende verlegen. Die Hallenwarte sind nicht den ganzen Tag vor Ort, sondern nur für die Vor- und Nachbereitungen tätig. Die Veranstaltungen in kleineren Hallen werden durch die Vereine selbstständig durchgeführt. Das führt oftmals dazu, dass nach der Nutzung z. B. nachgereinigt werden muss.

Herr Lehmann berichtet, dass auch in seiner Gemeinde am Wochenende die Vereine für die von ihnen genutzte Halle verantwortlich sind. Sollten diese die Halle nicht sauber verlassen, erhalten sie eine Rechnung über entsprechende Reinigungsleistungen. Er würde diese Regelung favorisieren.

Herr Dornquast erläutert, warum diese Regelung für den Landkreis nicht praktikabel ist.

Frau Hartfelder begrüßt, dass der Landkreis als Schulträger und Sportstättenträger den Sport im Landkreis bestmöglich fördert. Aus eigener Erfahrung kennt sie aber auch den Zustand der Hallen am Montag. Fachlich stimmt sie zu, dem Antrag zu folgen, findet aber den sich ergebenden enormen finanziellen Aufwand bedenklich.

Frau von Schrötter schlägt vor, die Hinweise entgegenzunehmen und den Antrag zurückzustellen. Sie bittet um Abstimmung,

**Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreistag einstimmig, den Antrag zurückzustellen und zur Klärung der offenen Sachfragen noch einmal in die Ausschüsse zu verweisen.**

Herr Fröhlich teilt mit, dass Herr Freitag, Schulleiter des Gymnasiums Ludwigsfelde, sich bereit erklären würde, aus Sicht der Schulen zu informieren.

Die Frage von Frau von Schrötter, ob es gewünscht ist, dass neben der Zuarbeit von Frau Kaminski auch eine Befragung eines Schulleiters gewünscht wird, wurde mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen abgelehnt.

## **Nicht öffentlicher Teil**

Luckenwalde, d. 08.06.2018

---

gez. Ria von Schrötter  
Die Vorsitzende

---

Heike Linke  
Protokollantin